

Wirtschaftsbildung für die Vielen

Vinzent Hilbrand

Zusammenfassung

Welche Art von Wirtschaftsbildung- und Finanzbildung brauchen wir in der Schule? Betrachtet man die häufig medial ausgetragenen Kontroversen und Debatten, wird schnell klar, dass die Vorstellungen diesbezüglich oft stark voneinander abweichen. Besonders arbeitgeber- und arbeitnehmer:innennahe Akteure sind sich bei vielen Themengebieten uneins. Der Beitrag zeichnet anhand ausgewählter Konfliktlinien exemplarisch nach, inwiefern sich die verschiedenen Zugänge und Angebote im Bereich der Wirtschafts- und Finanzbildung unterscheiden. Es wird die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als Gegenpol zu den Vermittlungsinteressen profitorientierter Akteure herausgearbeitet und ein Überblick zu den in Österreich relevanten Akteurskonstellationen gegeben.

I. Einleitung: Die Bedeutung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit

Die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung ist eine Geschichte des Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und ein besseres Leben. Durch kollektives Handeln, die schlagkräftige Organisierung und den Aufbau von Interessenvertretungen gelang es, politischen Druck aufzubauen, Demokratie und Mitbestimmungsrechte zu erkämpfen sowie bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, sozialstaatliche Absicherung und somit eine deutlich bessere Lebensqualität für breite Bevölkerungsschichten durchzusetzen. Viele heute als selbstverständlich wahrgenommenen Errungenschaften – das Recht auf bezahlten Urlaub und Krankenstand, kollektivvertraglich abgesicherte Mindeststandards, geregelte Arbeitszeiten – waren das Ergebnis eines langen und harten Kampfes der Arbeiter:innenbewegung für eine gerechtere Gesellschaft.

Bildung war dabei immer schon der zentrale Schlüssel zum Ausbruch aus der (nicht selbstverschuldeten) Unmündigkeit. Dementsprechend wurde dieser Emanzipationsprozess stets begleitet von Bestrebungen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit für die breite Masse. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründeten Arbeiterbildungsvereine waren erste wichtige Meilensteine einer strukturellen Verankerung (Ginner & Sandner 2019). Die Etablierung von Gewerkschaften, Arbeitervereinen und Parteien brachte allmählich den Ruf nach Einrichtung einer eigenen Kammer für Arbeiter:innen mit sich. Da sowohl der Staat als auch die damals bereits etablierten Handels- und Gewerbekammern über Expert:innen und somit Wissen und Bildung verfügten, stellte der damalige Gewerkschafter und spätere erste Präsident der Arbeiterkammer (AK) Ferdinand Hanusch die Frage: „Warum sollen denn nicht auch wir Juristen, Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker in unseren Dienst stellen, die uns beraten und uns das nötige Material liefern?“ (zitiert nach Klenner 1951: 565 f.)

1920 wurde schließlich die Arbeiterkammer gegründet und gesetzlich verankert. Fortan entwickelte sie sich zu genau dem, was zuvor intendiert wurde – zu einem demokratisch legitimierten, institutionalisierten Beratungs-, Bildungs- und Wissensapparat mit politischer Schlagkraft für die breite Masse der Lohnabhängigen. Sich der emanzipatorischen Bedeutung von Bildung bewusst und die Tradition der Arbeiterbildungsvereine fortführend, wurden in den kommenden Jahrzehnten Gewerkschaftsschulen, Betriebsräte- und Sozialakademien fest in den Strukturen der Arbeiterkammer (AK) und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) verankert.

Im Jahr 1977 wurde seitens der AK ein eigenes Bildungsprogramm geschaffen, das sich dezidiert an Schulen richtet und in Wien unter dem Namen „Arbeitswelt und Schule“ läuft. Dahinter steht die Idee, die zukünftigen Mitglieder – rund 90 Prozent der Erwerbstätigen sind unselbstständig Beschäftigte, von denen fast alle AK-Mitglieder werden – mit ihrer gesetzlichen Interessenvertretung bekannt zu machen. Schüler:innen erfahren einerseits, bei welchen Problemen – sei es als Arbeitnehmer:in, als Konsument:in oder als Bürger:in – sie Hilfestellung und Beratung bekommen, andererseits werden sie auf die Arbeitswelt vorbereitet und mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themenkomplexen vertraut gemacht. Mittlerweile gibt es in fast allen Bundesländern kostenlose AK-Bildungsangebote für Schulklassen in den Bereichen Arbeits- und Konsument:innenrechte, Berufsorientierung, Politische Bildung und dem in diesem Artikel im Fokus stehenden Bereich der Wirtschaftsbildung. Allein in der Arbeiterkammer Wien besuchen etwa 20.000 Schüler:innen pro Jahr insgesamt diese breit gefächerten Workshops.

2. Planspiele als Methode der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Planspiele eignen sich besonders, wenn es um die Vermittlung sozioökonomischer Zusammenhänge und das Anstoßen von Reflexionsprozessen geht. Dabei werden meist historische, politische, wirtschaftliche Sachverhalte – angelehnt an die Realität – selbst nachgespielt und erfahrbar gemacht (Mernyi 2005).

Beim Planspiel Sozialstaat der AK Wien sollen Schüler:innen in fünf Stunden historisch tatsächlich stattgefundenen Transformationsprozesse anstoßen und nacherleben. Sie schlüpfen in die Rolle von Arbeiter:innen-Familien zur Zeit der Industrialisierung, in der katastrophale Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse vorherrschen. Fortan müssen sie durch Fabriksarbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten. Die im Spiel von Trainer:innen verkörperte Fabrikbesitzer:in strebt an, dass sich die Familien gegenseitig unterbieten und zu einem möglichst geringen Lohn arbeiten, was zu Beginn sehr gut gelingt. Parallel dazu gibt es eine Monarchin bzw. einen Monarchen, der/die Steuern (z.B. für den Bau eines neuen Palastes) einheben will und unvorteilhafte Gesetze erlässt. Die Schüler:innen stellen schnell fest, dass nahezu die gesamte aus ihrer Arbeit entsprungene Wertschöpfung bei der Fabrikbesitzer:in verbleibt. Runde für Runde steigt die Unzufriedenheit der Spielenden angesichts ihrer aussichtslosen und prekären Lage. Doch im Gasthaus „Zur aufrührerischen Arbeiterin“ können sie sich versammeln und gemeinsam Strategien entwickeln, wie sie die ungleichen Machtverhältnisse überwinden und ihre Situation verbessern können. Allmählich werden sie sich ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit bewusst: Sie lernen sich zusammenzuschlie-

ßen, zu organisieren und solidarisch füreinander einzutreten. Abhängig von der Gruppendynamik, den individuellen Charakteren oder auch intervenierenden Provokationen streiken die Schüler:innen bzw. Arbeiter:innen früher oder später, fordern Mindestlöhne und beginnen über bessere Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Allmählich wird durch friedlichen Protest auch die Monarchie überwunden und eine Demokratie ausgerufen. Ab diesem Zeitpunkt kann die arbeitende Bevölkerung bei der Gesetzgebung mitentscheiden. So wird es möglich über die Verwendung der eingehobenen Steuermittel abzustimmen und eine Sozialgesetzgebung im Sinne der Vielen durchzusetzen.

Nach dem Spiel schlüpfen alle aus ihren Rollen und es erfolgt ein Abgleich mit der Realität. Durch die gemeinsame Reflexion über die Genese all jenen sozialen Fortschritts, welcher von der Arbeiter:innenbewegung mühsam erkämpft wurde, wird ein politischer Ermächtigungsprozess angestoßen. Eine wichtiges Vermittlungsinteresse dabei ist, dass dieses Ringen um Emanzipation und Teilhabe niemals abgeschlossen ist und der soziale Fortschritt stets verteidigt und weiterhin eingefordert werden muss – durch kollektives Auftreten, gewerkschaftliche Organisation und informiertes Handeln.

Ein weiteres Planspiel beschäftigt sich mit dem Thema Nachhaltigkeit. Die Dringlichkeit einer sozialökologischen Transformation des Wirtschaftssystems machen es notwendig, dass die zukünftigen AK-Mitglieder auch in diesem Bereich gut informiert sind. Nur so können sie sich für ihre Interessen als junge Generation einsetzen, Druck aufbauen und informierte Forderungen stellen. Im Spiel gründen die Schüler:innen ihre eigenen Staaten, in denen produziert, konsumiert und gelebt wird. Anfangs wird der anfallende Müll einfach in der Umwelt entsorgt, Energie wird aus fossilen Energieträgern gewonnen und die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind unfair gestaltet – das hat Konsequenzen und muss geändert werden. Nur durch ambitionierte Umweltpolitik, sinnvolle Investitionen und Verhandlungen kann die soziale und ökologische Nachhaltigkeitsbilanz gemeinsam verbessert werden. Schüler:innen lernen auf spielerisch Art und Weise das komplexe Zusammenspiel zwischen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft kennen. Anders als in vielen Angeboten im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), liegt die Verantwortung in diesem Spiel weniger beim Individuum, das durch persönlichen Konsumverzicht die Welt retten soll. Stattdessen zeigt es klar die Notwendigkeit struktureller Maßnahmen auf, thematisiert Macht und Machtasymmetrien, beleuchtet die verschiedenen Interessengruppen und deren Einflussmöglichkeiten, verdeutlicht die ungleiche Verteilung beim CO₂-Ausstoß, führt zugleich aber auch Positivbeispiele der Umweltpolitik der letzten Jahrzehnte ins Feld, um zu verdeutlichen, dass es Handlungsspielräume gibt, wenn sich genügend Menschen für sozialökologische Gerechtigkeit einsetzen. Auch hier gilt das Prinzip: Die geltenden Regeln sind stets gestalt- und neu verhandelbar.

Abseits des Workshop- und Planspielangebotes¹ bieten die Arbeiterkammern der Bundesländer kostenlose Unterrichtsmaterialien an, die intern oder auch in Zusammenarbeit mit Fachdidaktiker:innen sowie anderen Expert:innen erstellt werden. Darüber hinaus ist die AK Gastgeberin und Kooperationspartnerin bei diversen Lehrkräftefortbildungen und Veranstaltungen sowie Fördergeberin für eine Vielzahl an Projekten im Bereich der progressiven (sozio)ökonomischen und politischen Bildung.

3. Das Ringen um die Deutungshoheit im Klassenzimmer

Die AK ist mit ihren Angeboten im Bereich der Wirtschaftsbildung nicht allein. Dass Schulen wichtige „Diskursmaschinen“ sind, in denen zukünftige Wähler:innen, Wirtschaftsbürger:innen und potenzielle Entscheidungsträger:innen sozialisiert werden, ist auch anderen Wirtschaftsakteuren und deren Vertretungen bestens bekannt. So engagieren sich große, private und profitorientierte Unternehmen, Banken, Versicherungen und deren Interessenverbände ebenfalls im Bereich der schulischen Wirtschaftsbildung. Sie produzieren Unterrichtsmaterialien, stellen außerschulische Angebote zur Verfügung und bieten kostenlose Workshops und Vorträge an (BMF 2024).

Dieser Meinungspluralismus ist grundsätzlich wünschenswert. Es ist in demokratisch verfassten Gesellschaften legitim, die jeweiligen Problemanalysen, Handlungsempfehlungen und wirtschaftspolitischen Forderungen in die diskursive Arena einzubringen. Auch die Schule ist kein davon abgeschlossenes, isoliertes System. Dementsprechend gilt dort das Gebot des Beutelsbacher Konsens, verschiedene Meinungen, die es in Gesellschaft und Politik gibt, aufzugreifen und kontroversiell darzustellen, damit sich Schüler:innen selbst ein Urteil bilden können (BPB 2011). Wenn nun außerschulische Angebote oder auch Unterrichtsmaterialien, egal von welchen Anspruchsgruppen, Teil des Unterrichts werden, müssen die dahinterliegenden Interessen, Absichten und Annahmen jedoch stets transparent gemacht und thematisiert werden – besonders dann, wenn dahinter Profitinteressen stehen.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist in ihrem Selbstverständnis und ihrer Fähigkeit zur Selbstreflexion zwar wissenschaftlich fundiert aber niemals „neutral“, sondern ergreift klar Partei: etwa für mehr Demokratie und gegen Beschneidung demokratischer Mitsprache z. B. durch zu große Vermögenskonzentration, die politische Einflussnahme begünstigt; für leistungsgerechte Entlohnung und rechtmäßigen Anteil an Wertschöpfung und Innovation, die in erster Linie von den 90 Prozent der unselbstständig Beschäftigten erzeugt wird; für Steuer- und Klimagerechtigkeit oder für einen starken Sozialstaat und vieles mehr. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist nicht „systemfunktional“, weil sie auf Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Sinne der Vielen und nicht auf Unterordnung und Anpassung an bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse abzielt. In den Bildungsangeboten der Arbeiterkammern wird deshalb stets transparent gemacht, welche Interessen gemäß dem gesetzlichen Auftrag zur Geltung kommen und es wird klaggestellt, dass im jeweiligen Workshop – würde ein solcher z. B. von der Unternehmensseite angeboten – vermutlich ganz andere Schwerpunkte gesetzt und Aussagen getroffen werden würden.

Es ist fragwürdig, wie stark die notwendige Transparenz und Selbstreflexivität bei profitorientierten Akteuren ausgeprägt ist, die in der Wirtschaftsbildung tätig sind. Natürlich wird eine Bank oder ein Versicherungsunternehmen ungern am Beginn eines Workshops voranstellen, dass die Schüler:innen potentielle Kund:innen darstellen, der Workshop der Imagepflege dient, man in erster Linie profitgetrieben agiert und die eigene Perspektive dementsprechend von diesem Ziel beeinflusst wird.

Direkte Produktwerbung und das Verteilen von Werbegeschenken in der Schule, so wie man das vielleicht noch von früher am Weltspartag kennt, ist eigentlich schon seit längerer Zeit verboten (BMBWF 2016). Mittels kostenloser Unterrichtsmaterialien und außerschulischen Angebote kann man dennoch in Kontakt mit Schüler:innen kommen

und auf subtile Weise Vertrauen aufbauen. Dabei geht es gar nicht unbedingt darum, dass in diesen Materialien und Workshops teilweise Unwahrheiten verbreitet werden – es sind vielmehr ganz spezifische Narrative und subtile Werbebotschaften – wie aneinigen Beispielen weiter unten noch deutlich wird. Aufschlussreich ist in erster Linie vor allem das, was nicht gesagt oder ausgeklammert wird.

Neben mangelnder Transparenz und Auslassungen ist auch die Tatsache der unterschiedlichen Ressourcenausstattung problematisch. Angesichts der enormen finanziellen und personellen Mittel profitorientierter Akteure, mag es nicht überraschen, dass die Perspektiven von Arbeitnehmer:innen- und Konsument:innen im Feld der Wirtschaftsbildung unterrepräsentiert sind, da der Markt mit deren Angeboten geflutet wird (BMF 2024). Dieser Überhang gefährdet strukturell das ebenfalls im Beutelsbacher Konsens verankerte Überwältigungsverbot (BPB 2011). Umso wichtiger ist es, dass sich Lehrpersonen um eine ausgewogene Darstellung unterschiedlicher Perspektiven bemühen, selbst eine kritische Einordnung vornehmen, Ergänzungen machen und die jeweiligen Interessen und Machtverhältnisse dahinter gemeinsam mit den Schüler:innen analysieren – auch hier setzt gewerkschaftliche Bildungsarbeit mittels Lehrkräftefortbildungen an.

Als Begründung für ihr Engagement im Bereich der Wirtschaftsbildung führen profitorientierte Akteure immer wieder verschiedene Studien und Befragungen ins Feld, in denen jungen Menschen große Wissenslücken beim Thema Wirtschaft und Finanzen attestiert werden (Greimel-Fuhrmann 2016; Julius Raab Stiftung 2020; OECD 2021; Winkler & Zak 2020; YEP 2021).

Aus dem mangelnden Wirtschafts- und Finanzwissen wird gerne ein Versagen der Schule und der Lehrkräfte abgeleitet (z.B. Beirer 2021, Wiener Börse 2017, Wieselmayr 2019) – oft ergänzt um den Vorwurf, dass die Schüler:innen mit ideologischen, wirtschaftsfeindlichen oder schlicht falschen Inhalten indoktriniert würden (IV OÖ o.D. a/b/c, Strzykowski 2021). Auch als Arbeiterkammer und Gewerkschaft wird uns mitunter vorgeworfen, Ideologie in die Klassenzimmer zu bringen, während die Kritiker:innen gleichzeitig der Überzeugung sind, dass sie selbst eine vollkommen neutrale, objektive und interessenbefreite Wirtschaftsbildung vertreten würden (z.B. Grabner & Jung 2024, Kischko & Kleedorfer 2019). Eigentlich verwunderlich: Denn gerade im Bereich des Wirtschaftlichen ist man oft nicht einer Meinung, weil es im Endeffekt stets um beinharte Verteilungsfragen, Machtverhältnisse und potenzielle Um-/Neugestaltung vorherrschender Spielregeln geht. Dementsprechend unterscheiden sich die Perspektiven und Vermittlungsinteressen teilweise entscheidend. Um die unterschiedlichen Zugangsweisen etwas greifbarer zu machen, werden in der Folge einige Konfliktlinien exemplarisch genauer analysiert.

3.1 Reichen mehr Life Skills bei Vertragsabschlüssen?

Defizite bei den Schüler:innen werden vor allem beim Umgang mit Finanzdienstleistungen konstatiert. Das betrifft es in erster Linie den Themenkomplex Sparen, Veranlagen, Vorsorgen, Kredite, Versicherungen und Verträge – hier müssten die Jugendlichen Life Skills entwickeln, um in diesen Bereichen eigenverantwortlich sinnvolle Entscheidungen zu treffen.

Mehr und bessere Wirtschafts- und Finanzbildung ist in jedem Fall wünschenswert und in Österreich sicher noch ausbaufähig. Beim Anwendungswissen und den Life Skills – den Fähigkeiten, um das wirtschaftliche und finanzielle Leben bewältigen zu können – gibt es ebenfalls Verbesserungsbedarf. Doch ist Vorsicht geboten, wenn hier die ganze Verantwortung auf die Schule und die Schüler:innen selbst abgeladen wird.

Als große Beratungsorganisation verfügt die Arbeiterkammer über viel Erfahrung in den Bereichen Arbeitsrecht und Konsument:innenschutz. Hier offenbart sich tagtäglich, wie die Informationsasymmetrien zuungunsten von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen ausgenutzt werden. Es wäre überaus wünschenswert, wenn Schüler:innen ausreichend mündig und kompetent sind, ihre Rechte gegenüber hochspezialisierten und professionalisierten Vertragspartner:innen durchsetzen zu können. Dies würde nicht zuletzt auch die mit mehr als 2 Millionen Beratungen pro Jahr mehr als gut ausgelasteten Arbeiterkammern entlasten und AK-Mittel für Bildung, Wissensgenerierung und Interessenpolitik für Arbeitnehmer:innen freimachen.

Eine solcher Wunsch scheint leider illusorisch, da sich die strukturell- und ressourcenbedingten Informations- und Machtasymmetrien rein durch eigenverantwortliches Aneignen von Life Skills nicht ausgleichen lassen. Erfahrungen aus unserer Konsumentenschutzabteilung zeigen, dass sich selbst akademisch gebildete Menschen schwertun, die verklausulierten Verträge – formuliert von Expert:innen mit jahrelanger Studien- und Berufserfahrung – zu durchschauen (z.B. bei Versicherungsverträgen, privaten Vorsorgeprodukten, Kreditverträgen aber auch Arbeitsverträgen). Oft kommt man nur zu seinem Recht, wenn man auf professionelle Unterstützung zählen kann und gut beraten wird.

Die Überbetonung der Eigenverantwortung ist daher kritisch zu hinterfragen. Wenn sich die Erzählung durchsetzt, dass die Leute selbst schuld daran sind, unlauteren Praktiken in der Arbeits- und Geschäftswelt auf den Leim gegangen zu sein, können sich Unternehmen und auch Gesetzgeber leicht aus der Verantwortung ziehen.

Aus Perspektive des Konsumentenschutzes braucht es in erster Linie klare gesetzliche Rahmenbedingungen, wodurch die hochspezialisierten Vertragspartner:innen dazu angehalten werden, Verträge in leicht verständlicher Sprache, mit transparenter Ausweisung aller Kosten, ohne Hintertür-Klauseln zu formulieren und sich schlussendlich auch an geltendes Recht zu halten. Wenn sich dies nicht in strukturellem Maße ändert, bleibt Wirtschaftsbildung ein Kampf gegen Windmühlen. Hilfe zur Selbsthilfe ist wichtig, aber nur ein Baustein von vielen auf dem Weg hin zu mündigen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen.

3.2 Die Problematik der privaten Überschuldung

Auch entlang von Schulden und Überschuldung kristallisieren sich Konfliktlinien heraus. Es wird von profitorientierter Seite gerne auf die Problematik verwiesen, dass etwa 600.000 Menschen in Österreich überschuldet sind – u.a., weil sie falsch Haushalten, sich zu wenig auskennen und falsche wirtschaftliche Entscheidungen treffen (Bankenverband 2016; Winkler & Zak 2020). In letzter Zeit sind tatsächlich immer mehr junge Menschen davon betroffen (Schuldnerberatung 2023). Ironischerweise treten bei diesem Thema gerade diejenigen Akteure mit großer Besorgnis in Erscheinung, die die Prob-

leme wesentlich mitverursachen. Anstatt sich selbst in die Pflicht zu nehmen, werden von den Finanzdienstleistern Workshops- und Unterrichtsmaterialien zur Thematik angeboten (BMF 2024), damit Schüler:innen die Schuldenfallen erkennen können, die man zuvor selbst ausgelegt hat. Unter dem Titel Schuldenprävention wird für vermeintliche „Aufklärung“ gesorgt, während gleichzeitig an den intransparenten und teuren Produkten verdient wird: Leichtfertige Kreditvergabe (unzureichende Bonitätsprüfung); Werbung für Konsumkredite; horrenden Kredit- und Überziehungszinsen; Anlageprodukte mit indexierten Raten, versteckten und hohen Gebühren; überzogene Renditeversprechungen; irreführende Beratung (z.B. Variable vs. Fixverzinsung) sind gerade für junge Menschen ein größer werdendes Problem. Die zugehörigen Verträge sind bewusst kompliziert formuliert und die Lockangebote nutzen gezielt menschliche Schwächen aus – mit werbepsychologischen Tricks werden die Menschen verführt:

Für Wünsche, die dir nicht mehr aus dem Kopf gehen! Brauchst auch du einen neuen Gaming-Laptop? Mit unserem unkomplizierten Konsumkredit mit 0%* Zinsen kannst du dir deinen Traum sofort erfüllen! (*gilt für die ersten 3 Monate, anschließend beträgt der Zinssatz 9 Prozent p.a.).

Wer einmal bewusst auf die Werbung im öffentlichen Raum oder im Internet achtet, wird schnell Werbebotschaften dieser Art entdecken.

Gute Wirtschafts- und Finanzbildung kontextualisiert dem gegenüber die strukturell und sozioökonomisch bedingten Faktoren von Überschuldung, thematisiert die Informations- und Machtasymmetrien, warnt vor unlauteren Geschäftspraktiken, informiert bezüglich Beratungsangebote, analysiert werbepsychologische Tricks und sorgt mit reflexiver Persönlichkeitsbildung dafür, dass Jugendliche ihren Selbstwert nicht nur aufgrund ihres Konsums bzw. des Besitzes von Statussymbolen definieren. Ernstzunehmende Aufklärungsarbeit kann so nur durch die Schulen selbst oder unabhängige Akteure ohne kommerziellem Interesse erfolgen (z.B. Schuldnerberatungen, Arbeiterkammer). In der AK gibt es deshalb schon seit Jahren Workshops zum Thema Arbeitsrecht, Konsument:innenschutz & Verbraucher:innenbildung in denen neben grundlegendem Anwendungswissen immer auch eine kritische sozioökonomische und politische Analyse vorgenommen wird.

3.3 Kapitalmarktkritische und risikoaverse Bürger:innen

Oft wird beklagt, dass Österreicher:innen im internationalen Vergleich kapitalmarkt-skeptisch und deshalb unzureichend am Kapitalmarkt aktiv seien, weil sie u.a. unzureichend über Wirtschafts- und Finanzfragen Bescheid wüssten und in Schulen ideologisiert würden (z.B. IV 2021a, IV OÖ o.D. a/b/c, Strzyzowski 2021).

„Der Kapitalmarkt ist keine Elitveranstaltung [...] Die Menschen vom Kapitalmarkt fernzuhalten ist unsozial“ Georg Knill, Präsident IV (IV 2021b S. 7)

Diese Klage wird oftmals mit politischen Forderungen verknüpft, Kapitaleinkommen steuerlich zu entlasten, um Investieren für die breite Masse attraktiv zu machen:

„Wir wollen, dass diese Steuer [Anm. die KEST] nach einer Behaltefrist wegfällt [...] es geht um die finanzielle Vorsorge der Bürger. [...] Wie soll jemand aus dem Mittelstand anders vorsorgen als

über Anlagen auf dem Kapitalmarkt?“ Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) zitiert nach APA-OTS des Wirtschaftsmagazins Trend (OTS0120, 24.11.2022)

Wer ausreichend Mittel zur Verfügung hat, sich gut auskennt, der Chancen und Risiken und der Höhe der anfallenden Gebühren und Aufschläge bewusst ist, soll Kapital investieren können. Vermögensaufbau für die breite Masse der arbeitenden Menschen ist grundsätzlich immer wünschenswert. Wenn in der ersten „Produktionsrunde“, in der man zumindest über gewerkschaftliche Verhandlungsmacht verfügt, die Menschen gerecht an der von ihnen erzeugten Wertschöpfung partizipieren und weniger von Rentiers (z.B. durch Ausschüttungen oder nach Lohnauszahlung durch Mieten) abgeschöpft wird, ist dies viel zielführender und wirkmächtiger als es in einem zweiten Schritt über den Umweg des Kapitalmarkts richten zu wollen. Dort passiert nämlich das Gegenteil: Bestehende Vermögens- und Einkommensungleichheiten aus der ersten „Produktionsrunde“ werden weiter verstärkt und ein steuerndes, demokratisches Eingreifen ist nur bedingt möglich. Unter den Haushalten, die überhaupt Vermögenseinkommen beziehen, können die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen 95 Prozent aller Vermögenseinkommen auf sich vereinen (HFCS 2021). Die Verteilungsfunktion ist eindeutig, am Kapitalmarkt profitieren in erster Linie die ohnehin schon Vermögenden zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung. Wenn man die arbeitenden Menschen an den Unternehmenserfolgen beteiligen will, dann zum einen direkt über gute Löhne und zum anderen in der Form von Mitarbeiter:innenbeteiligungen. Es wäre gerechter, wenn diejenigen Anteile bekommen, welche die Wertschöpfung auch tatsächlich erarbeiten und tagtäglich in den Betrieben für Innovation sorgen.

Aus dieser Argumentation wird oftmals der Vorwurf gezimmert, dass man die Arbeitnehmer:innen unmündig halten wolle, damit sie nicht an Kursgewinnen und Dividenden partizipieren können. Von „Schrödingers Rendite“ ist gar die Rede – einerseits kritisiert man die enormen Summen an leistungslosen Kapitaleinkommen für vermögende Personen, andererseits stelle man die Chance auf gute Rendite für Kleinanleger:innen in Abrede. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich durch eine differenzierte und gesamtwirtschaftliche Analyse jedoch gut auflösen: In der Realität verfügt ein großer Teil der Bevölkerung – aufgrund zu niedriger Löhne, hoher Wohn- und Lebenshaltungskosten, Abschöpfung durch Rentiers – über kaum nennenswertes Finanzvermögen, das veranlagt werden könnte. Betrachtet man das Brutto-Median-Finanzvermögen der Haushalte (!) nach (Brutto-) Einkommensquintilen zeigt sich, dass die unteren Quintile eigentlich davon ausgeschlossen sind. So verfügt das unterste Quintil der Haushalte im Median gerade einmal über 4.000 €, das zweite Quintil über 11.000 €, das dritte Quintil über 19.000 €, das 4. Quintil über 23.000 € und das oberste Quintil über 40.000 € an Bruttofinanzvermögen (HFCS 2021). Wenn davon ausgegangen wird, dass man einige Monatsgehälter für schlechte Zeiten (z.B. Arbeitsplatzverlust, Krankheit), (un)geplante Ausgaben (z.B. Reparaturen, neues Auto) auf der Seite und schnell verfügbar haben sollte, ist klar, dass der Notgroschen bei den unteren Quintilen auf sicheren Sparbüchern und Sparkonten besser aufgehoben ist und nicht in illiquide Anlageformen gehört, bei denen nicht mehr die Bank, sondern man selbst das Risiko trägt.

Umgekehrt ist es für Finanzintermediäre aber sehr lukrativ, Kund:innen mit wenig Mitteln beispielsweise für das Fondssparen zu begeistern: „Schon 50 Euro pro Monat reichen“ wird den Schüler:innen oft mitgegeben. Die Gebühren (Depotführung, Ausgabeaufschlag, Transaktionsgebühren, Mindestspesen...) können bei diesen Produkten

schließlich immer kassiert werden, unabhängig davon, ob die Investments schlussendlich performen oder nicht – man trägt als Finanzdienstleister kein Risiko mehr. Die Erfahrungen aus der AK-Beratung und eigens durchgeführten Mystery-Shoppings zeigen immer wieder, wie gerne Kosten verschleiert bzw. wie überoptimistisch viele Finanzprodukte beworben werden. Siehe hierzu z.B. Spesenkaiser Fondssparen (AK 2021a), Fondsgebundene Lebensversicherungen (AK 2021b), Nebenspesen bei Versicherungen (Kollmann & Prantner 2021), Prämiengeförderten Zukunftsvorsorge (Kollmann et al. 2014), Nachhaltige Finanzprodukte (Ritsch & Prantner 2022).

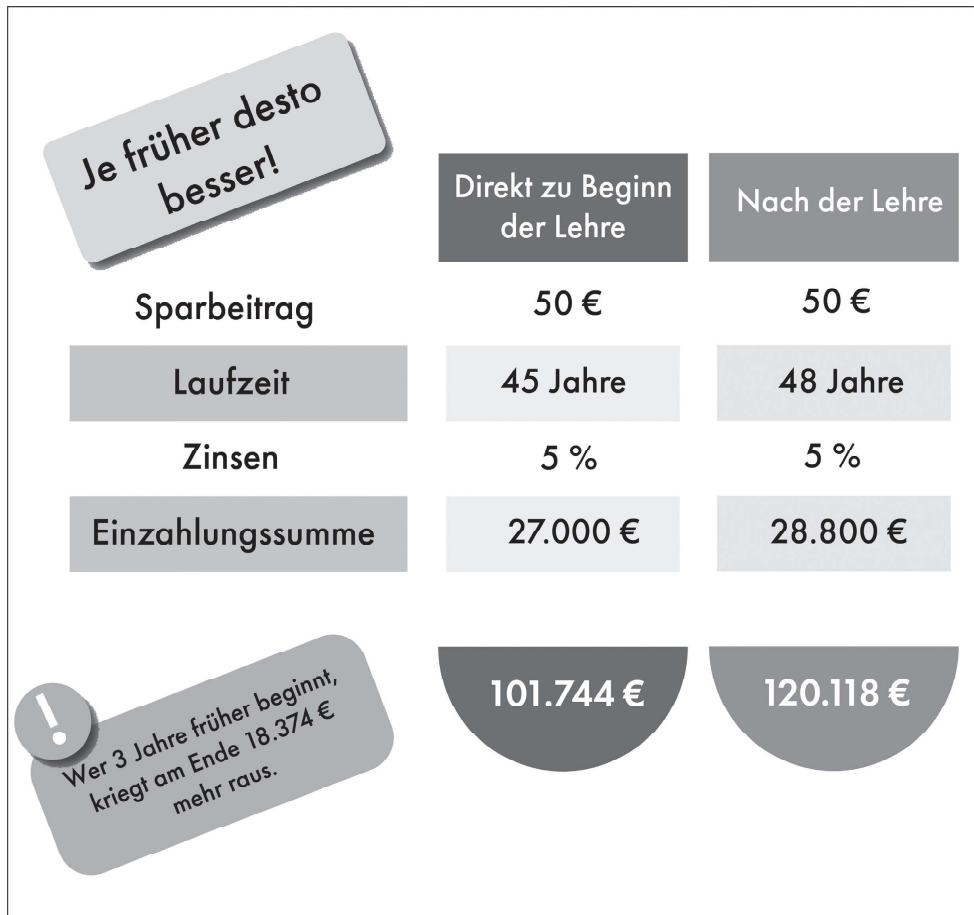


Abbildung 1: Aus urheberrechtlichen Gründen wurde hier die Grafik eines von der Finanzindustrie beauftragten Produzenten für Unterrichtsmaterial neu gezeichnet.

Beispielhaft für das einseitig positive und überoptimistische Framing ist Abbildung 1. Anhand tendenziöser Darstellungen wird jungen Menschen nahegelegt, möglichst früh monatlich einen kleinen Betrag in Fonds zu veranlagen. Die Zahlen sind korrekt. Ausgeklammert werden jedoch die Gebühren, das Risiko und die Inflation. Der Veranlagungshorizont ist mit 45 bzw. 48 Jahren extrem lang gewählt und es wird pauschal von einer durchschnittlich fünf-prozentigen Rendite pro Jahr ausgegangen – dabei performen viele solche Produkte meist wesentlich schlechter, vor allem dann, wenn anfallende Spesen mit einberechnet werden. Die Geldwertillusion mit der hier gespielt wird ist beeindruckend. Die 120.118 Euro klingen zunächst nach einer enormen Summe. Die-

se hätte bei einer durchschnittlichen jährlichen Inflationsrate von 3 Prozent in 48 Jahren jedoch nur noch eine Kaufkraft von 29.000 Euro!

Problematisch ist bei dieser funktionalistischen Finanzbildung (Wie kann ich mein ohnehin bescheidenes Vermögen anlegen?) die unterkomplexe Behandlung des Kapitalmarktes. Dieser wird uneingeschränkt positiv dargestellt, als Ort, der überwiegend der Produktion von Rendite dient. Die eigentlich wichtige Funktion – Bereitstellung von Kapital für Investitionen und produktive, innovative und nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten – rückt in den Hintergrund.

Ganz allgemein fehlt eine kritische Einordnung und Kontextualisierung. Kritische Wirtschafts- und Finanzbildung tritt im Gegensatz dazu einen Schritt zurück und beleuchtet das Thema in ganzheitlicher Weise. Dabei werden unter anderem Fragen diskutiert, wie: Woher kommt die Rendite eigentlich? Wer bezahlt sie? Wem fehlt sie schlussendlich? Welche Bevölkerungsschichten profitieren in welchem Ausmaß? Was haben diese Stromgrößen für einen Einfluss auf die Vermögens- und Einkommensverteilung? Wo kann ich mich selbst verorten – bin ich Profiteur oder profitieren andere von mir? Wer verfügt über welche Informationsvor- und Nachteile? Wie sind die aktuellen Regeln gestaltet und wie könnten sie ggf. neu verhandelt werden?

In dem eine Metaperspektive eingenommen wird, werden die Schüler:innen zu mündigen Bürger:innen, die sich selbst im sozioökonomischen Wirkungsgefüge verorten, wirtschaftspolitische Forderungen beurteilen und darüber auch demokratisch abstimmen können. Wenn nun ein Finanzminister wie im Eingangszitat die Wiedereinführung einer KEST Behaltefrist fordert, müssen Schüler:innen selbst hinterfragen können, wem eine solche Maßnahme in erster Linie nützen würde und wer die dadurch entstehende Lücke bei den Steuereinnahmen zur Finanzierung des Gemeinwesens schlussendlich wieder füllen wird müssen.

Neben diesem wirtschaftsbürgerlichen Aspekt und dem systemischen Grundwissen, muss auch das vermittelte Anwendungswissen auf tatsächliche Ermächtigung abzielen. Wer später einmal Geld zum Veranlagen übrig hat, wurde im Idealfall in der Schule darüber informiert, dass Kleinanleger:innen tendenziell auf der Hut sein müssen, da sie immer über Informationsnachteile, schlechtere Beratung und weniger Verhandlungsmacht z.B. bei den Konditionen verfügen. Sie müssen wissen, dass sie mit ihren bescheidenen Vermögensbeträgen einen viel kleineren Hebel haben und als Kleinanleger:innen meist die ersten sind, die in Krisenzeiten geschröpft werden – einfach deswegen, weil man meist zu langsam reagieren kann und einem der Informationsvorsprung fehlt. Im Idealfall kann man jungen Menschen mitgeben, dass sie in Zukunft möglichst viele Angebote einholen, vergleichen und über Konditionen verhandeln sollen. Gegebenenfalls lassen sich teure Finanzintermediäre gar vermeiden. Gleichzeitig dürfen sie aber nicht unseriösen Online-Angeboten, unehrlichen Neobrokern oder Finfluencer:innen auf den Leim gehen. Der auf Social Media und teilweise auch von professionellen Finanzdienstleistern verkaufte Traum vom schnellen Reichtum ohne großes Startkapital und Arbeitseinsatz, muss als solcher enttarnt werden – niemand schenkt einem etwas. Im Gegenteil: Meist ist man selbst das Produkt, mit dem Geld verdient wird.

3.4 Die Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge?

Die Notwendigkeit der stärkeren Partizipation der Bevölkerung am Kapitalmarkt wird sehr gerne mit der Pensionsfrage verknüpft. So wird das öffentliche umlagebasierte Pensionssystem in einschlägigen Unterrichtsmaterialien und Workshops gerne als marode und nicht zukunftsfähig präsentiert. Nur wer früh selbst am Kapitalmarkt vorsorge, könne sich ein Vermögen aufbauen und Altersarmut verhindern (Finum 2021, Kögler & Steininger o.D., Thier 2023, WS 2018). Gerade junge Menschen würden sich jedoch unzureichend Gedanken über die Zukunft machen (Hahn 2023, Lovrinovic 2023).

„[...]die staatliche Grundpension [wird] nur für ein bescheidenes Leben im Alter reichen [...] Wer also seinen Lebensstandard im Alter annähernd erhalten will, muss privat vorsorgen. Damit sollte man möglichst früh beginnen. Man kann auch mit kleinen Beträgen über viele Jahre schöne Summen ansparen. An einer verstärkten Eigenvorsorge führt also letztlich kein Weg vorbei.“
Zitiert aus Kögler & Steininger (o.D. S.25) Unterrichtsmaterial des Financial Life Park der Erste Stiftung zum Thema Pensionen.

Solche Aussagen findet man zuhauf in einschlägigen Unterrichtsmaterialien zum Thema Altersvorsorge. In vielen Materialien gibt es Grafiken, in denen das Pensionssystem symbolisch mit den drei Säulen *Staatliche Altersvorsorge*, *Betriebliche Altersvorsorge* und *Private Altersvorsorge* zu sehen ist. Die erste öffentliche Säule wird dabei oft als brüchig dargestellt, die zweite und dritte Säule ist intakt. Alle drei sind irritierenderweise immer gleich dick gezeichnet, obwohl die letzten beiden Säulen in Österreich in der Realität glücklicherweise eine untergeordnete Rolle darstellen. Diese Art der Darstellung wird gerne kombiniert mit Bildern, die eine extreme Versorgungslücke suggerieren, die einen im Alter erwarten (z.B. ein mehr als halb leeres Wasserglas). Faktum ist, dass das österreichische Pensionssystem auch für aktuelle Berufseinsteiger:innen zu erwartende Nettoersatzraten aufweist, die international im absoluten Spitzenfeld liegen. Die Nettoersatzrate im OECD-Standardverlauf für Beziehende des „Durchschnittseinkommens“ liegt bei 87,4 Prozent (OECD 2023). Derartige Darstellungen und Erzählungen können daher nur als grob irreführend und nicht als Wirtschaftswissen vermittelnd bezeichnet werden.

Bei der „Aufklärungsarbeit“ durch die Finanzdienstleister im Rahmen von Workshops und Unterrichtsmaterialien werden diese Fakten und zahlreiche weitere Aspekte verschwiegen und Sachverhalte zum Teil falsch dargestellt. Aufgrund des demographischen Wandels und der zunehmenden Lebenserwartung sei es notwendig, dass jeder selbst einen Kapitalstock aufbaue – so werde eine neue Einkommensquelle erschlossen, die das öffentliche Budget entlaste. Dieses Standardargument vermittelt gleich zwei völlig irreführende Sichtweisen. Erstens, die demografische Entwicklung schlage zwangsläufig eins zu eins auf die Finanzierung öffentlicher, umlagefinanzierter Pensionssysteme durch und zweitens, durch Kapitaldeckung ließe sich diese Demographie-Abhängigkeit von Pensionssystemen einfach beseitigen. Maßgeblich für die Finanzierung öffentlicher Pensionssysteme ist nicht die zahlenmäßige Relation von Älteren zu Personen im erwerbsfähigen Alter, sondern jene zwischen Leistungsbezieher:innen und Erwerbstätigen sowie deren Arbeitsproduktivität. Diese Entwicklung hängt eben nicht nur von der Demographie, sondern auch ganz maßgeblich von der Situation und Qualität des

Arbeitsmarktes sowie der Erwerbsintegration ab – beide Dinge lassen sich politisch gestalten (Wöss & Türk 2023).

Klar ist zudem, dass es bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung immer nur eine Quelle für die Pensionen (bzw. den laufenden Sozialaufwand) geben kann, nämlich das laufende Volkseinkommen (Mackenroth-Theorem). Es geht immer darum, wie viel der in einem Land von aktiven Erwerbspersonen erzeugten laufenden Wertschöpfung dem nicht mehr erwerbstätigen Teil einer Bevölkerung zugestanden wird (Generationenvertrag). Im einen Fall werden Pensionen direkt aus den Bezügen aktiver Erwerbspersonen bezahlt, im anderen Fall erfolgt die Auszahlung über den Umweg Finanzmarkt in der Form von Übertragungen von Finanzvermögen, das von aktiven Erwerbstätigen gekauft wird und (im wesentlich kleineren Ausmaß) auch in Form von Renditen, die im Endeffekt aber wiederum von den Aktiven – Arbeitnehmer:innen, aber weitergedacht auch von Konsument:innen, Mieter:innen und Schuldner:innen bezahlt – bzw. erwirtschaftet werden müssen. Demographische Herausforderungen bleiben unverändert bestehen. Wenn viele Menschen ihre Assets im Ruhestand wieder abstoßen wollen, braucht es im Gegenzug auch genug junge, erwerbstätige Käufer:innen. Der zentrale Unterschied ist, dass am Kapitalmarkt Finanzintermediäre kräftig mitschneiden, zusätzliche Kosten entstehen und ungünstige Verteilungseffekte auftreten. Das Argument, dass man sich Zuflüsse durch Auslandsinvestitionen ins Land holen kann, ist ebenso problematisch. In diesem Fall müsste in Ländern mit einem jungen Bevölkerungsüberhang, also Entwicklungs- und Schwellenländern investiert werden. Abgesehen von der beschränkten Aufnahmefähigkeit dieser Kapitalmärkte und dem Umstand, dass hiermit erhebliche zusätzliche Risiken eingegangen werden, sind diese Länder mit genug eigenen Problemen konfrontiert. Glauben wir wirklich, den arbeitenden Menschen dort die Alterslast der reichen Industrienationen aufbürden zu können?

Im internationalen Vergleich ist die Befundlage jedenfalls eindeutig:

„In einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) wurden die Ergebnisse der Privatisierungen von Pensionssystemen vor allem in Lateinamerika und Osteuropa untersucht. Das Urteil fällt vernichtend aus: massiv reduzierte Leistungsniveaus, enorm hohe Verwaltungskosten, Verschiebung aller Risiken zu den Versicherten. Profitiert hat nur der Finanzsektor.“ (Türk & Wöss 2018: 1)

Die Vorteile von umlagebasierten, gesetzlichen und staatlich verwalteten Pensionssystemen liegen auf der Hand, werden bei den profitorientierten Akteuren aber unter den Tisch gekehrt: Diese sind verhältnismäßig einfach, effizient und kostengünstig zu administrieren – Reibungsverluste durch die Zwischenschaltung von Finanzintermediären fallen weg. Es ist transparent und steuerbar – demokratische Neuverhandlungen sind jederzeit möglich und man kann an vielen Stellschrauben drehen. Es bietet einen besseren Schutz vor Inflation und individuellen so wie externen Risiken. Zugleich ist es wesentlich solidarischer, da die aktuellen Beiträge für die Pensionsversicherung gepoolt und einigermaßen gerecht verteilt werden (für eine detaillierte Abhandlung zur Überlegenheit des Umlagesystems siehe Türk 2022). Eine private, kapitalgedeckte Altersvorsorge mag für vermögende Personen interessant sein, darf aber keineswegs zu einer Schwächung des gesetzlichen Pensionssystem führen – ein Prozess, der jedoch zwangsläufig eintritt, wenn die zweite und/oder dritte Säule immer mehr an Bedeutung gewinnt (siehe z.B. Deutschland).

Bei einem kapitalgedeckten System der Altersvorsorge ergeben sich im Umkehrschluss eine Vielzahl an Problemen. Es besteht die Gefahr, dass Personen über- oder unterversichert sind, sofern es keine gesetzlichen Vorgaben gibt. Berufsgruppen, die ohnehin sehr wenig verdienen, tun sich schwer, Geld für eine private Altersvorsorge zur Seite zu legen, was eine weitere Zunahme der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen zur Folge hätte. Gleichzeitig ist wesentlich schwieriger auf dem Kapitalmarkt steuernd einzugreifen. Wenn die angelegten Gelder in Krisenzeiten massiv an Wert verlieren oder komplett ausfallen, wird dieser Verlust schlussendlich wieder von der öffentlichen Hand getragen werden – man stelle sich die gesellschaftlichen und sozialen Folgen vor, wenn große Teile der Pensionist:innen in Zeiten von Finanzkrisen um ihre Ansprüche umfallen würden (siehe dazu Gillion 2005).

Dass die Produkte zur privaten Pensionsvorsorge bei weitem nicht das einlösen können, was versprochen wird, ist ein aus der alltäglichen Beratungspraxis bekanntes Faktum. Die Beratungsabteilungen der Arbeiterkammern haben mit zahlreichen Fällen zu tun, bei denen schlussendlich sogar weniger aus- als einbezahlt wurde – unter anderem aufgrund horrender Gebühren, die bis zu 15 Prozent (!) der eingezahlten Summe ausmachen können – auch bei guten Renditen lassen sich diese hohen Nebenkosten kaum kompensieren. Bei Produkten, die eine monatliche Altersrente garantieren, müsste man in vielen Fällen ein hohes Alter erreichen, damit man mehr rausbekommt als man eingezahlt hat (Kollmann et al. 2014).

Was ist mit dem Argument, dass für die sozialökologische Transformation und Innovation dringend Kapital der Kleinsparer:innen benötigt wird (IV 2022)? Hier stellt sich immer die Frage, ob die Gelder tatsächlich in produktive, innovative und nachhaltige Unternehmungen fließen (z.B. durch Neuemission) oder ob lediglich Kurswerte aufgebläht werden. Ganz grundsätzlich gilt, dass die Sparvermögen (auf Girokonten und Sparbüchern) ja nicht träge herum liegen, wie vielfach behauptet, sondern Teil der Bankbilanz sind – auch diese Gelder sind (mit Ausnahme der Mindestreserve) natürlich veranlagt. Das Problem ist zudem nicht, dass es zu wenig nach Veranlagungsmöglichkeiten suchendes Finanzkapital gibt. Dieses trägt oft lediglich zur Blasenbildung bei, anstatt dass es in sinnvolle Realinvestitionen gelenkt wird, was vielmehr an einem Allokationsproblem mäßig effizienter Finanzmärkte liegt.

Eine weitere Verlagerung weg vom öffentlichen Umlage- hin zu einem kapitalgedeckten System würde für profitorientierte Finanzakteure die Erschließung eines riesigen, lukrativen und neuen Marktes bedeuten und gleichzeitig ein überlegenes solidarisches System schwächen.

4. Fazit und interessenpolitische Implikationen

Anhand der exemplarisch ausgewählten Trennlinien wird deutlich, worin sich die Vermittlungsinteressen profitorientierter Akteure im Vergleich zu jenen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit unterscheiden. Es sollte deutlich geworden sein, dass Wirtschafts- und Finanzbildung immer auch ein politisches Projekt ist – egal ob dies einzelne Akteure offen eingestehen oder nicht.

Profitorientierten Akteure überbetonen in ihrer Auslegung der Wirtschafts- und Finanzbildung die Eigenverantwortung des Individuums, klammern strukturelle Miss-

verhältnisse aus und unterschlagen die Möglichkeit politischer Mitgestaltung. Schüler:innen sollen befähigt werden, möglichst zweckmäßig, kalkulierend und eigennutzenmaximierend innerhalb des Systems und der gesetzten Regeln zu handeln. Ein solch funktionalistisches, unterkomplexes Verständnis von Wirtschafts- und Finanzbildung kann auch als ökonomistische Wirtschaftsbildung bezeichnet werden:

„Ökonomistische Konzepte setzen im Grundsatz überwiegend auf Selbstrationalisierung oder Selbstökonomisierung und wollen die Selbstverhältnisse der Jugendlichen auch dahin gehend umgestalten. Damit ergreifen sie Partei für das Ethos der Selbstkontrolle, dem vor allem die herrschenden Gruppen in westlichen Gesellschaften anhängen, das ihre Dominanz als gute aufrechte Bürger legitimiert und die schlechte Lage anderer einem individuellen Kontrollversagen zuschreibt“
(Hedtke 2023: 98)

Solche Narrative des „Selbst-Schuld-Seins“ delegitimieren jede Form der Sozial- und Gesellschaftskritik durch strukturell benachteiligte Personen und deren Interessenvertretungen, da z.B. prekäre Arbeitsverhältnisse, Armut oder Verschuldung als Ausdrücke des persönlichen Scheiterns transportiert werden (Hedtke 2023: 100). Verantwortung lässt sich damit vollends auf die Individuen abwälzen.

Durch die Aussparung gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweisen und Zusammenhänge werden kritische System- und Verteilungsfragen, Informations- und Machtasymmetrien und andere Missstände nicht thematisiert. Mangelnde Transparenz und subtile Werbebotschaften bedrohen zudem das in der Schule geltende Überwältigungsverbot, das Gebot der kontroversiellen Darstellung sowie das Verbot von Werbung im Unterricht.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann hier ein Gegengewicht darstellen, wenn sie sich am sozioökonomischen Paradigma orientiert (siehe dazu den Beitrag von Christian Fridrich in diesem Band).

Wenn man sich die Akteurskonstellationen genauer ansieht, wird schnell klar, welche unterschiedliche Interessengruppen versuchen, im Feld der Wirtschaftsbildung Einfluss zu nehmen. Auf der einen Seite sind meist Gewerkschaften, Arbeitnehmer:innenverbände, zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und NGOs zu finden, die sich mit akademischen und fachdidaktischen Vertreter:innen der sozioökonomischen Bildung zusammenschließen. Auf der anderen Seite findet man die profitorientierten Akteure und ihre Interessenverbände, die ebenfalls ihre Verbündeten im Hochschulbereich haben. Dieselben Allianzen gibt es auch in einer Vielzahl anderer Länder (siehe zum Beispiel für Deutschland: Hedtke (2023) und für Kanada: Soroko (2023)).

Um eine Gegenöffentlichkeit zu den Narrativen profitorientierter Akteure und ökonomistischer Wirtschaftsdidaktiker:innen zu schaffen, wurde im Frühjahr 2022 das Netzwerk „Wir alle machen Wirtschaft“ gegründet. Gründungsorganisationen sind die Arbeiterkammer Wien, Attac Österreich, die Armutskonferenz, der Verein für Geographische und Wirtschaftliche Bildung sowie die Gesellschaft für sozioökonomische Bildung. „Wir alle machen Wirtschaft“ setzt sich für eine breit verstandene, progressive Wirtschaftsbildung ein, die gemäß eines kritisch-emanzipatorischen Vermittlungsauftrages, die Interessen von Arbeitnehmer:innen, Konsument:innen, sozioökonomisch benachteiligten oder als „außerwirtschaftlich“ geltenden Menschen sowie auch Umwelt- und politische Aspekte in den Mittelpunkt rückt und die Regeln des vorherrschenden Wirtschaftssystems als gestalt- und verhandelbar begreift. Die interessierte Öffentlichkeit

und Lehrer:innen sollen für diese Anliegen sensibilisiert werden (siehe dazu den Beitrag von Mario Taschwer & Christiane Hintermann in diesem Band).

Zu erwähnen ist an dieser Stelle auch die Stiftung Wirtschaftsbildung. Es handelt sich dabei um ein Ende 2020 ins Leben gerufene Initiative der gleichberechtigten Gründungsorganisationen Arbeiterkammer, Österreichische Nationalbank, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, Erste Stiftung, MEGA Bildungstiftung und der Innovationsstiftung für Bildung (ISB). Hier wird das Ziel verfolgt, die umfassende wirtschaftliche Bildung von Schüler:innen der Sekundarstufe 1 (Mittelschulen und AHS Unterstufe) zu fördern – ohne Profitinteressen. Dies geschieht in erster Linie im Rahmen eines Schulpiloten mit 60 teilnehmenden Schulen, die mittels Unterrichtsmaterialien, Lehrkräftefortbildungen und finanziellen Mitteln unterstützt werden. Die Stiftung Wirtschaftsbildung ist der Versuch, in sozialpartnerschaftlicher Art und Weise unterschiedliche Perspektiven in den Wirtschaftsbildungsunterricht einfließen zu lassen und diese kontroversiell darzustellen. Damit gelingt der Stiftung Wirtschaftsbildung ein kleines Kunststück – gemeinsame Interessen werden in der Vermittlungsarbeit in den Mittelpunkt gestellt und Diskussionen über unterschiedliche Positionen konstruktiv geführt. Ein Kunststück mit Signalwirkung.

Anmerkungen

- 1 Eine Angebotsübersicht und die Möglichkeit Workshops & Planspiele zu buchen finden sich auf: www.arbeitsweltundschule.at
- 2 Der Beutelsbacher Konsens bezeichnet einen in den 1970er in Beutelsbach (Deutschland) ausgearbeiteten Leitfaden für den Politikunterricht. Die dort festgelegten Richtlinien sind mittlerweile im gesamten deutschsprachigen Raum zum allgemeinen Unterrichtsprinzip geworden. Darin festgelegt ist ein Überwältigungsverbot – Schüler:innen dürfen nicht im Sinne erwünschter Meinungen überrumpelt bzw. indoktriniert werden. Des Weiteren müssen Themen, die in Wissenschaft und Gesellschaft kontroversiell diskutiert werden, auch im Unterricht kontroversiell dargestellt werden. Schüler:innen sollen zudem befähigt werden, politische Situationen zu analysieren, die eigenen Interessen dabei zu erkennen und sich aktiv in den politischen Prozess einbringen zu können (BPD 2011).
- 3 Siehe z.B. Paragraph 1 Arbeiterkammergesetz: „Die Kammern für Arbeiter und Angestellte und die Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte sind berufen, die sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu vertreten und zu fördern.“
- 4 Der Bankenrechner der Arbeiterkammer bietet die Möglichkeit, verschiedenste Bankprodukte und deren Konditionen direkt zu vergleichen: www.arbeiterkammer.at.

Literatur

- AK (2021a): AK Test: Spesenkaiser Fondssparen. Online-Artikel vom 28.10.2021. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. <https://wien.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/geld/geldanlage/Fondssparen.html>
- AK (2021b): Fondsgebundene Lebensversicherung. Online-Artikel o.D. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich. https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/versichern/Fondsgebundene_Lebensversicherung.html
- Bankenverband (2016): Finanz- und Wirtschaftsbildung immer wichtiger – insbesondere für junge Menschen. Presseaussendung vom 14.04.2016. <https://www.bankenverband.at/presse/presseinformationen/presseaussendungen/eine-effektive-finanz-und-wirtschaftsbildung-wird-immer-wichtiger-insbesondere-fur-junge-menschen/>

- Beirer, Julia (2021): Kein Wissen über Zinseszinsen: Zu wenig Finanzbildung in bei Schülern. Artikel im Standard (online) vom 15.11.2021. <https://www.derstandard.at/story/2000131105798/kein-wissen-ueber-zinseszinsen-zu-wenig-finanzbildung-bei-schuelern>
- BMBWF (2016): Rundschreiben 14/2016 – Kommerzielle Werbung an Schulen – Verbot aggressiver Geschäftspraktiken.
- BMF (2024): Nationale Finanzbildungsstrategie – Liste österreichischer Finanzbildungsmaßnahmen, Stand 18.01.2024. <https://www.bmf.gv.at/ministerium/nationale-finanzbildungsstrategie/uebersicht-nationale-finanzbildungsstrategie/finanzbildung-erleben.html>
- BPB – Bundeszentrale für Politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens. <https://www.bpb.de/die-bpb/ueberuns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/>
- Finum (2023): Private Pensionsvorsorge: Warum es sich lohnt, frühzeitig vorzusorgen. Online-Artikel vom 17.05.2023. <https://www.finum.at/private-pensionsvorsorge-warum-es-sich-lohnt-fruehzeitig-vorzusorgen/>
- Gillion, Colin (2005): The development and reform of social security pensions: The approach of the International Labour Office. ILO-Synopsis Papier. <http://www.ilo.org/public/english/protection/socsec/pol/publ/ex>
- Ginner, Boris/Sandner, Günther (2019): Warum Demokratie Bildung braucht. Wien.
- Grabner, Andrea/Jung Christian (2024): Macht 2024 zum Jahr der Finanzbildung. Online-Artikel vom 10.01.2024. <https://bankenverband.de/finanzbildung/macht-2024-zum-jahr-der-finanzbildung/>
- Greimel-Fuhrmann, Bettina/Kronberger, Ralf/Rumpold, Herwig (2016): Befunde und Desiderata zur Wirtschaftsbildung österreichischer Mittelschüler/innen. In: Wirtschaftspolitische Blätter 63/1. 249–263.
- Hahn, Alexander (2023): Generation Z sorgt kaum vor und verlässt sich lieber auf das Erben. Online-Artikel im Standard vom 5.10.2023. <https://www.derstandard.at/story/300000189850/generation-z-sorgt-kaum-vor-und-verlaesst-sich-lieber-auf-das-erben>
- Hedtke, Reinhold (2023): Wirtschaft und Gesellschaft – Eine Theorie der sozioökonomischen Bildung. Wochenschau Verlag. Frankfurt.
- HFCS (2021): Household Finance and Consumption Survey. <https://hfcs.at/>
- IV – Industriellenvereinigung (2021a): Industrie & Aktienforum: Kapitalmarkt-Chancen für Menschen & Unternehmen nutzbar machen. Online-Beitrag vom 24.02.2021. <https://www.iv.at/Themen/Wirtschafts---Finanzpolitik---Recht/Kapitalmarkt/industrie-und-aktienforum-chancen-des-kapital.html>
- IV – Industriellenvereinigung (2021b): iv-positionen – Das Magazin der Industrie. Mehr Wissen über den Kapitalmarkt. Ausgabe vom März 2021 <https://burgenland.iv.at/-Dokumente-/iv-positionen/iv-posit-maerz-2021.pdf>
- IV – Industriellenvereinigung (2022): Behaltefrist bei KESt richtige Maßnahme für Sparerinnen und Sparer. Online-Artikel auf der Homepage der IV vom 18.01.2022. <https://www.iv.at/Themen/Wirtschafts---Finanzpolitik---Recht/Kapitalmarkt/Industrie-Behaltefrist-bei-KESt-richtige-Massnahme-.de.html>
- IV OÖ (o.D. a): Die Wirtschaft und ihr Feind das Schulbuch. Online-Artikel auf der Homepage der IV OÖ. <https://oberoesterreich.iv.at/Themen/Bildung-und-Gesellschaft/O-Bildung-und-Gesellschaft/Schulbuch-des-Monats-2.de.html>
- IV OÖ (o.D. b): Nicht Genügend für Schulbücher. Presseaussendung der IV OÖ. <https://oberoesterreich.iv.at/Presse/O--Presse/schulbuch1.de.html>
- IV OÖ (o.D. c): Old School. Online-Artikel auf der Homepage der IV OÖ. <https://oberoesterreich.iv.at/Themen/Bildung-und-Gesellschaft/O-Bildung-und-Gesellschaft/Schulbuch-des-Monats-3.de.html>
- Julius Raab Stiftung (2020): Wirtschafts- und Finanzkompetenz für ein selbstbestimmtes Leben. Wir sind dafür. Policy Paper. https://www.juliusraabstiftung.at/wp-content/uploads/2020/04/JRS_WFK-f%C3%BCr-ein-selbstbestimmtes-Leben_Wir-sind-daf%C3%BCr.pdf
- Kischko, Irmgard/Kleedorfer, Robert (2019): Andreas Treichl sieht „keine freudige Entwicklung auf der Zinsseite“. Artikel im Kurier online vom 29.01.2019. <https://kurier.at/wirtschaft/andreas-treichl-sieht-keine-freudige-entwicklung-auf-der-zinsseite/400390982>
- Klenner, Fritz (1951): Die österreichischen Gewerkschaften bis 1928. Wien.
- Kögler, Gottfried/Steininger, Rosanna (o.D.): Finanzierung der Pensionen – eine Herausforderung für die Zukunft!? – Materialien für Schüler*innen. Unterrichtsmaterial für den Erste Financial Life Park. https://cdn01.erstegroup.com/content/dam/at/eh/www_financiallifepark_at/Unterrichtsmaterialien/Finanzierung%20der%20Pensionen_Sch%C3%BClerInnenenteil.pdf
- Kollmann, Michaela/Korntheuer, Martin/Prantner, Christian/ Rupprecht, Benedikta (2014): Prämiengeförderte Zukunftsvorsorge bei Versicherungsunternehmen. Kammer für Arbeiter und Angestellte. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer!/metadata/AC1311919/1/-/>

- Kollmann, Michaela/Prantner, Christian (2021): Nebenspesen im Rahmen von Versicherungsverträgen. Kammer für Arbeiter und Angestellte. https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/Versicherungen/Nebenspesen_bei_Versicherungen_20210507.pdf
- Lovrinovic, Christian (2023): Immer weniger sorgen vor. Online-Beitrag der Raiffeisenzeitung vom 31.10.2023. <https://raiffeisenzeitung.at/vorsorge-studie-2023/>
- Mernyi, Willi (2005): Handbuch Planspiele. ÖGB Verlag. Wien.
- OECD (2021): Financial Literacy in Austria: Relevance, evidence and provision. <https://www.oecd.org/finance/financial-education/Austria-financial-literacy-strategy.htm>
- OECD (2023): Pensions at a Glance 2023. <https://www.oecd.org/publications/oecd-pensions-at-a-glance-19991363.htm>
- OTS0120 (2022): trend: „Schaffung von Eigentum nicht blockieren“. APA-OTS vom 24.11.2022
- Ritsch, Herbert & Prantner Christian (2022): Nachhaltige Finanzprodukte. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/Geld/Geldanlage/AK-Studie_Nachhaltige_Finanzprodukte_April_2022.pdf
- Schuldnerberatung (2023): Schuldenreport 2023. <https://www.schuldenberatung.at/fachpublikum/schuldenreport.php>
- Soroko, Agata (2023): Teaching young people more than “how to survive austerity”: From traditional financial literacy to critical economic literacy education.
- Strzyzowski, Stephan (2021): Einstimmigkeit ist keine Demokratie – Interview mit Andreas Treichl. Online-Artikel in Die Wirtschaft vom 06.10.2021. <https://www.die-wirtschaft.at/persoenlichkeiten/einstimmigkeit-ist-keine-demokratie-41453>
- Thier, Jacqueline (2023): Finanzvorsorge-Studie: Know-how wird vererbt, Erspartes aus? UNIQA Online-Artikel vom 04.10.2023. <https://www.uniqa.at/versicherung/finanzen/studie-2023-private-pensionsvorsorge.html>
- Türk, Erik/Wöss, Josef (2018): Pensionsprivatisierung: drei Jahrzehnte des Scheiterns – ILO – Studie zieht vernichtende Bilanz. A&W-Blog-Artikel vom 13.12.2018. <https://www.awblog.at/Mitbestimmung/pensionsprivatisierung-ilo-studie>
- Türk, Erik (2022): Grundlegende Einschätzungen zu Vor- Und Nachteilen des “Kapitaldeckungsverfahren” (KDV) gegenüber dem Umlageverfahren (UV) aus makroökonomischer, demografischer und alterssicherungssystematischer Sicht. Wien. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17050255/>
- Wiener Börse (2017): Umfrage stellt heimischem Finanzwissen schlechtes Zeugnis aus – Österreichern fehlt Wirtschafts- und Finanzbildung in der Schultüte. Pressemitteilung vom 08.09.2017. <https://www.wienerborse.at/news/wiener-boerse-news/umfrage-stellt-heimischem-finanzwissen-schlechtes-zeugnis-aus/>
- Wieselmayer, Christian (2019): Wissenslücken schlucken viel Geld – Um das Finanzwissen der Österreicher ist es schlecht bestellt. In: Wirtschaftsnachrichten West Vol. 12/2019. https://www.wirtschafts-nachrichten.com/wp-content/uploads/2019/12/WNW_1219.pdf
- Winkler, Marina/ Zak, Magdalena (2020): Wie Finanzbildung den Lebensweg von Schülern beeinflussen kann. Blog-Artikel des Kreditschutzverbandes (KSV) vom 12.11.2020. <https://www.ksv.at/ksvblog/finanzbildung-lebensweg-schuelern-beeinflussen>
- Wöss, Josef/Türk, Erik (2023): What would it mean for pensions if the Action Plan’s 78% employment target was achieved, with quality jobs. In: EPSR 2030 Scenario – Paper: <https://spai.etuc.org/wp-content/uploads/2023/11/EPSSR-2030-SCENARIO-FULL-STUDY.pdf>
- WS – Wirtschaft und Schule (2018): Altersvorsorgeprodukte. Unterrichtsmaterial. <https://www.wirtschaftundschule.de/unterrichtsmaterialien/haushalt-und-geld/unterrichtsentwuerfe/altersvorsorgeprodukte>
- YEP (2021): Wissen macht sicher – Finanzbildung der Zukunft #LifeSkills. Jugendbericht 2021. https://cdno.erstegroup.com/content/dam/at/eh/www_financiallifepark_at/flips/Jugendbericht-Finanzbildung-final.pdf